

Dobiener Bachstraße 1
D-06889 Lutherstadt Wittenberg
Telefon +49 3491 / 612 484
Handy +49 162 76 363 76
Mail wassenaar@web.de

★ Günther Wassenaar ★ Dobiener Bachstraße 1 ★ D-06889 Lutherstadt Wittenberg ★

per Mail als Anlage

Erklärung für die Öffentlichkeit

Lutherstadt Wittenberg, Donnerstag, 9. April 2009

Information über einen Rechtsskandal

Liebe Freunde und Mitkämpfer für den Frieden

Vor wenigen Tagen habe ich eine Vorladung zu der gegen mich anberaumten Hauptverhandlung wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, vor dem **Strafgericht** erhalten. Sie findet am 14.05.2009, 8³⁰ Uhr im Amtsgericht Wittenberg statt.

Zur Vorgeschichte:

Mitte August 2008, habe ich an der angemeldeten Montagsdemonstration teilgenommen und dort von anderen Teilnehmern erfahren, daß am nächsten Tag, dem 19.08.2008, die Bundeswehr eine Werbeveranstaltung auf unserem Marktplatz durchführen will.

Will die Bundeswehr weiter weltweit im Kriegseinsatz sein, muß sie ja vor allem junge Menschen von der "Perspektive" Bundeswehr überzeugen – oder besser dazu belügen. Das für diese Perspektive, für hohe Beträge auch die Bestellung von Zinksärgen in den Bundes-Etat eingestellt wurden, wird den Jugendlichen natürlich nicht gesagt.

Nun habe ich auf den vorhergehenden Montagsdemos schon oft darauf verwiesen, dass die Kriegspolitik der Bundesregierung und die Verarmung der Menschen in diesem Land in einem unmittelbaren Zusammenhang zu sehen sei. Auch habe ich darauf verwiesen, dass die Bundeswehr als Partner der US-Armee an Kriegsverbrechen beteiligt ist. Es werden durch die Soldaten dieser Armee radioaktive Geschosse eingesetzt, durch die z.B. Neugeborene mit grausamsten Schäden, oft nicht lebensfähig zur Welt kommen. Darf ich dabei darauf verweisen, dass Kriegsverbrechen durch die UN-Charta geächtet sind?

Also habe ich die Anwesenden auf der Montagsdemo darauf hingewiesen, dass ich auf jeden Fall am kommenden Tag gegen die Anwesenheit der Bundeswehr auf unserem Marktplatz protestieren werde und die Hoffnung ausgesprochen, dass es möglichst viele friedliebende Wittenberger mir gleich tun würden.

Am darauffolgenden Tag habe ich Materialien über die Wirkung der Uran-Geschosse ausgedruckt und bin auf den Markt gefahren. Nach einiger Zeit gesellten sich noch weitere Bürger hinzu und ich habe die im Werbetrack der Bundeswehr arbeitenden Uniformierten besucht, ihnen die Dokumente übergeben und sie darauf verwiesen, dass sie Leute anwerben, die in Kriegsverbrechen verstrickt werden.

Nach kurzer Zeit erschienen Beamte der Polizei und der Leiter des Ordnungsamtes des Landkreises Wittenberg, **Herr Lehmann**. Er fragte wer der Versammlungsleiter sei. Da wir keine Versammlung hatten, meldete sich keiner, woraufhin er das sofortige Verlassen des Marktplatzes forderte. "Wenn es sich nur darum handele, so würde ich die Versammlungsleitung übernehmen", habe ich ihm geantwortet. Daraufhin verlangte er von mir diese Versammlung sofort aufzulösen, da sie nicht angemeldet sei. Ich wies ihn darauf hin, dass wir gegen die Beteiligung an Kriegsverbrechen protestieren und somit auf die UN-Charta berufen und demzufolge das Versammlungsgestez lächerlich sei – auch fragte ich ihn, wie er selbst, persönlich zu Kriegsverbrechen stehe. Seine Antwort lautete, dass ihm das egal sei und das auch nochmals betonte als ich ihn darauf Ansprach, dass ich dies in Zukunft als seine Aussage öffentlich verwenden würde. Gleichzeitig wies ich ihn darauf hin, dass ich auf jeden Fall bis 12⁰⁰ Uhr meinen Protest fortsetzen werde und die Bürger der Stadt auf die Kriegsverbrechen hinweisen werde.

Etwa einen Monat später wurde ich von der politischen Polizei zu dem Vorgang befragt und die Beamten fanden nach einer 2-stündigen Recherche im Internet heraus, dass es sich nicht um eine Spontan-Demonstartion sondern um eine Blitzdemo gehandelt habe, die zumindest telefonisch hätte angemeldet werden müssen. Wieder einen Monat später erhielt ich einen Schriftsatz des Staatsanwaltes aus Dessau, mit der Verhängung einer Geldstrafe über 250,- Euro. In der Anlage lege ich meinen Entgegnungsbrief bei.

Nun erfolgt der nächste Schritt der Klassen- und Kriegsjustiz.

Kriegsgegner sind in diesem Staat ein Dorn im Auge, stören sie doch die Aufmarschpläne der SCHWARZ/ROT/GRÜNEN Politiker, die im Auftrag der Rüstungsindustrie alles unternehmen, damit Deutschland nicht nur als Partner, sondern als Akteur in der Kriegspolitik in der Welt eingreifen kann und deutsche Waffen im Überfluß gebraucht werden, damit die Profite dieser eigentlichen Verbrecher steigen.

Mit freundlichen Grüßen

Günther Wassenaar

Ich möchte darum bitten, dass Sie diese Information über Ihre Möglichkeiten verbreiten und somit einen breiten Kreis von Mitmenschen darüber aufklären, dass Friedenspolitik und Friedenskampf eine immer höhere Bedeutung gewinnen. Dass dieser Staat ein Staat gegen die Interessen breitster Schichten der Bevölkerung darstellt, indem er eine Kriegspolitik und erweiterte Kriegsbeteiligung, bis hin zur eigenständigen Kriegsausübung anstrebt. Frau Merkel setzt damit die von Schröder und Fischer begonnene Politik der wieder politikfähigen, direkten Kriegseinsätze nach dem II. Weltkrieg zielstrebig fort.